

Medienmitteilung

Parolenfassung für die Abstimmungen vom 8. März 2026

Berner KMU: JA zum Bargeld-Gegenvorschlag, JA zur SRG-Initiative, Nein zum Klimafonds

Die Gewerbekammer von Berner KMU hat am 13. Januar 2026 in Schönbühl die Parolen zu den nationalen Abstimmungsvorlagen vom 8. März 2026 gefasst. Sie empfiehlt ein Nein zur Bargeld-Initiative bei gleichzeitigem Ja zum Gegenvorschlag, ein Ja zur SRG-Initiative sowie ein Nein zur Klimafonds-Initiative.

JA zum Bargeld-Gegenvorschlag

Die Bargeld-Initiative will sicherstellen, dass Bargeld nicht aus dem Zahlungsverkehr verschwindet. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab, haben jedoch einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Dieser verankert in der Bundesverfassung, dass der Franken die Landeswährung ist und die Schweizerische Nationalbank die Bargeldversorgung gewährleistet. Nationalrat Hans Jörg Rüegsegger erläuterte der Gewerbekammer, dass der Gegenvorschlag Rechtssicherheit schafft, ohne in bestehende Strukturen einzugreifen. Die Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, folgt dieser Einschätzung und empfiehlt einstimmig ein Ja zum Bargeld-Gegenvorschlag.

JA zur SRG-Initiative «200 Franken sind genug!»

Unternehmen werden heute bei den Medienabgaben doppelt belastet. Inhaberinnen, Inhaber und Mitarbeitende bezahlen die Medienabgabe privat, zusätzlich fallen für Betriebe Abgaben von bis zu 50'000 Franken pro Jahr an. Nationalrätin Katja Riem zeigte auf, dass die Annahme der SRG-Initiative KMU entlasten und von einer Gebühr befreien würde. Die Reduktion der Abgabe stärkt die Unternehmen, ohne den medialen Grundauftrag in Frage zu stellen. Die Gewerbekammer beschliesst deshalb grossmehrheitlich die Ja-Parole zur SRG-Initiative.

NEIN zum schädlichen Klima-Schuldenfonds

Die Gewerbekammer spricht sich einstimmig gegen die Klimafonds-Initiative aus. Die Vorlage untergräbt die finanzielle Stabilität der Schweiz und hebt die bewährte Schuldenbremse aus. Vorgesehen ist ein Fonds mit Ausgaben von bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr, was bis 2050 neue Schulden in der Höhe von 100 bis 200 Milliarden Franken bedeuten würde. Nationalrat Christian Wasserfallen machte deutlich, dass damit grosse finanzielle Risiken eingegangen werden, ohne einen belegbaren Zusatznutzen für den Klimaschutz zu schaffen. Die Kosten müssten auf dem Buckel von Unternehmen und Arbeitnehmenden über höhere Steuern und Abgaben ausgetragen werden.

Keine Parole zur Individualbesteuerung

Zur Individualbesteuerung präsentierten zwei Referate die Argumente beider Seiten. Florence Pärli, Vizepräsidentin FDP Stadt Bern, sprach sich für die Reform aus, während Simone Stöcklin, Vizepräsidentin Die Mitte Kanton Bern, die Gegenposition darlegte. Nach Abwägung der Argumente beschloss die Gewerbekammer grossmehrheitlich, die Vorlage ohne Parole in die Abstimmung zu schicken.

Für zusätzliche Auskünfte:

Lars Guggisberg, Direktor Gewerbeverband Berner KMU, 079 621 48 78

14. Januar 2026